

Deutscher Bauernbund

Stein des Anstoßes: Unser Denkmal in Kyritz



Da steht er, der Stein: Ein Findling aus dem Harzvorland mit einer Bronzetafel „Den Opfern der Zwangskollektivierung im so genannten Sozialistischen Frühling 1960 in der DDR“, aufgestellt vom Deutschen Bauernbund in der brandenburgischen Kleinstadt Kyritz, eingeweiht am 25. April 2010, auf den Tag genau fünfzig Jahre nachdem Walter Ulbricht den „Abschluss der Genossenschaftsbildung in der DDR“ verkündet hat.

Ein Stein, der Anstoß erregt und Steine ins Rollen gebracht hat. Das Medieninteresse war enorm. RBB- und MDR-Fernsehen berichteten ebenso wie Die Welt, Frankfurter Allgemeine, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, taz, Tagesspiegel, Berliner Zeitung, Potsdamer Neueste Nachrichten, Märkische Allgemeine, Märkische Oderzeitung, Lausitzer Rundschau, Oranienburger Generalanzeiger, Prignitzer/Uckermark-Kurier, Mitteldeutsche Zeitung, Naumburger Tageblatt und Ostthüringische Zeitung, oft mit Sonderseiten. Über die Agenturen verbreitete sich die Nachricht in ganz Deutschland, ja sogar in Polen. Die anschließende Debatte in Brandenburg beherrschte noch drei Wochen danach die Schlagzeilen der Tageszeitungen.

Der Ablauf der Ereignisse ist nachfolgend dokumentiert. An dieser Stelle möchte ich mich heute bedanken: Bei unseren Mitgliedern Torsten Gerloff und Jürgen Schumacher, die uns in Kyritz die Türen geöffnet haben. Bei Karsten Jennerjahn für die Organisation vor Ort, beim Architekten Rauterberg für die Gestaltung, beim Steinmetz Zenkner für die fachgerechte Ausführung und beim Posaunenchor der Kirchengemeinde Sarnow für die musikalische Umrahmung. Stellvertretend für alle Altbauern, die sich den Medien als Zeitzeugen zur Verfügung gestellt haben, bedanke ich mich bei Hans-Erich Badenwerper, Günter Nettelbeck, Ulrich Toppel und Horst Gauert. Herzlichen Dank natürlich auch allen, die mit ihrer Geldspende zum Erfolg beigetragen haben.

Kurt Henning Klamroth, Präsident des Deutschen Bauernbundes

Pressemitteilung 9. April 2010

Erstes Denkmal für Opfer der Zwangskollektivierung in Kyritz

Am 25. April 2010 wird der Deutsche Bauernbund in Kyritz ein Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung einweihen. Es ist das erste Denkmal dieser Art in Deutschland. Auf der Veranstaltung sprechen Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer, die Brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Ulrike Poppe und der Präsident des Deutschen Bauernbundes Kurt-Henning Klamroth.

“Den Opfern der Zwangskollektivierung im so genannten Sozialistischen Frühling 1960 in der DDR” steht auf der schlichten Bronzeplatte an dem zwei Meter hohen Findling am Ortseingang von Kyritz. Das Denkmal erinnert künftig daran, dass in der kurzen Zeit von Mitte Januar bis zum 25. April 1960 etwa 400.000 bis dahin selbständige Bauern mit brutaler Gewalt und Psychoterror gezwungen wurden, ihr Eigentum in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften einzubringen. Zahlreiche Landwirte entzogen sich der Kollektivierung durch Selbstmord oder Flucht in den Westen.

“Die Folgen des Sozialistischen Frühlings belasten die ostdeutsche Agrarstruktur bis heute”, begründet Klamroth das Engagement des Bauernbundes für das Denkmal. Im Anschluss an die Einweihung findet zu diesem Thema eine Podiumsdiskussion in Kyritz statt, an der u. a. der Historiker Falco Werkentin und der Rechtsanwalt Werner Kuchs teilnehmen.

Mit dieser ersten Ankündigung war das Interesse der Medien bereits geweckt. Der Jahrestag, die Einmaligkeit des Denkmals sowie unser Angebot, Zeitzeugen und Historiker zu vermitteln, wurden von vielen Journalisten gern angenommen. Die Schwierigkeiten, für so ein Denkmal zwanzig Jahre nach der Wende in Ostdeutschland einen Ort zu finden, sowie die Gegenwehr der Linken in Kyritz sorgten dafür, dass das Thema nicht nur historisch aufbereitet werden konnte, sondern auch einen aktuellen politischen Bezug erhielt.

Zusätzliche politische Brisanz brachte in der Woche vor der Einweihung die Nachricht, dass die Linke am Tag vorher eine Gegenveranstaltung plante, und vor allem, wer daran teilnehmen sollte.

Pressemitteilung 21. April 2010

Bauernbund Brandenburg: Folgart beleidigt freie Bauern

Als „Beleidigung für alle freien Bauern“ hat der Bauernbund Brandenburg die angekündigte Teilnahme des Landesbauernverbandspräsidenten Udo Folgart an der Veranstaltung „Agrargenossenschaften gestern und heute“ der linkslastigen Rosa-Luxemburg-Stiftung am 24. April in Kyritz bezeichnet.

„Bereits im Untertitel der Tagung wird die brutale Zwangskollektivierung vor fünfzig Jahren als Abschluss der Genossenschaftsbildung verharmlost“, kritisiert Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Der Linken gehe es offensichtlich darum, die Verbrechen der DDR-Führung gegenüber den Bauern zu relativieren, indem die mit Gewalt geschaffenen Großstrukturen als besonders fortschrittlich dargestellt werden. Jung: „Wer sich dafür hergibt, hat jede politische Glaubwürdigkeit verspielt“.

Der Deutsche Bauernbund, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in den neuen Bundesländern, wird am 25. April in Kyritz ein Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung einweihen. Es sprechen u. a. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und die Brandenburgische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Ulrike Poppe. Jung: „Wir gedenken der Opfer, der Bauernverband hofiert die Erben der Täter.“



Wolfgang Böhmer, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt: Ich denke, dass der damalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages Carlo Schmid (SPD) das, was 1960 geschah, am Besten erklärt hat, als er sagte: „Drüben geht ein neues Bauernlegen zu Ende. Man sagt, was getan werde, sei ein Stück Rationalisierung der Landwirtschaft. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes, denn die ihre Höfe verlieren, erbringen kein freiwilliges Opfer für das Gemeinwohl, sondern werden schlicht erpresst. Das Böseste daran ist, dass man so tut, als freuten sich die Betroffenen darüber. Zur Gewalt fügt man die Lüge und will die Menschen zwingen, sie für die Wahrheit zu halten. Was hier geschieht, erfüllt uns alle mit Trauer, denn es stirbt am Baum unseres Volkes ein wichtiger Zweig ab.“ Meine Damen und Herren! Diesen wichtigen Zweig gibt es wieder und niemand kann uns heute zwingen, die Lüge von damals als Wahrheit zu begreifen und zu interpretieren. Damit aber an die Wahrheit erinnert wird, finde ich es gut, dass Sie sich als Verband entschlossen haben, an die damals Betroffenen mit einem Gedenkstein zu erinnern. Vielen Dank.

Pressemitteilung 25. April 2010 Deutscher Bauernbund weiht Denkmal in Kyritz ein

Unter großer Beteiligung wurde am heutigen Sonntag in Kyritz das erste Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung vor fünfzig Jahren in der DDR eingeweiht. Der Deutsche Bauernbund hatte am Ortsrand einen zwei Meter hohen Findling mit Bronzetafel errichtet. Sein Präsident Kurt-Henning Klamroth konnte über 200 Teilnehmer begrüßen, darunter Landtagsabgeordnete der CDU, der FDP und der Bündnisgrünen aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Ulrike Poppe, Brandenburgische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, erinnerte an das Leid der Bauern, die nur die Wahl hatten zwischen Gefängnis, Flucht oder Eintritt in die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft. Die DDR dürfe nicht nostalgisch verklärt werden, forderte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer und plädierte dafür, sich vorbehaltlos und aufrichtig der Geschichte zu stellen.

Auf Unverständnis stieß die von der linken Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann initiierte Gegenveranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom gestrigen Samstag in Kyritz, auf der die brutale Zwangskollektivierung als „Abschluss der Genossenschaftsbildung“ verharmlost wurde. Insbesondere die Mitwirkung des SPD-Politikers und Präsidenten des Landesbauernverbandes Udo Folgart an dieser Veranstaltung wurde kritisiert. Klamroth: „Das ist eine Missachtung der Opfer und eine Frechheit gegenüber allen selbständigen Bauern, die nach der Wende ihre Höfe wieder aufgebaut haben und inzwischen mehr als die Hälfte der Flächen bewirtschaften.“

Nach der Einweihung des Denkmals gingen CDU, FDP und Bündnisgrüne in Brandenburg in die Offensive und verlangten von Ministerpräsident Platzeck eine Erklärung dafür, weshalb sein linker Koalitionspartner DDR-Unrecht verharmlosen und rechtfertigen dürfe ohne dass sich die Landesregierung davon distanziert und wie er es einschätzt, dass der agrarpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und Präsident des Landesbauernverbandes an einer solchen Veranstaltung auch noch teilnimmt. Platzeck verweigerte zunächst eine Stellungnahme und verwies darauf, dass er selbst nie das Unrecht der Zwangskollektivierung beschönigt habe.

Pressemitteilung 29. April 2010

Zwangskollektivierung: Bauernbund Brandenburg bescheinigt der Landesregierung "Unfähigkeit zu trauern"

Anlässlich der aktuellen Debatte um das vom Deutschen Bauernbund in Kyritz aufgestellte Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung hat der Bauernbund Brandenburg der Landesregierung eine "Unfähigkeit zu trauern" bescheinigt.

"Wir reden über ein großes staatliches Verbrechen, vierhunderttausend mal Diebstahl und Nötigung, oft verbunden mit Sachbeschädigung und Freiheitsberaubung, in einigen Fällen sogar mit Mord", stellte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn fest: "Da muss es doch möglich sein, der Opfer zu gedenken ohne im gleichen Atemzug zu sagen, wie schön es auf der LPG war und wie erfolgreich die Großbetriebe heute angeblich sind."

Ulrike Poppe, Brandenburgische Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur: Auch wenn heute manche in den LPG-Gründungen Vorteile sehen, bleibt die Tatsache bestehen, dass die Zwangsmaßnahmen nicht zu rechtfertigende Staatsverbrechen waren. Ihnen sind Bauern zum Opfer gefallen, die nichts anderes wollten als eine freie, selbstbestimmte bäuerliche Wirtschaft auf eigenem Grund und Boden. Es geht weniger um die Frage, wie Einzel- oder Kollektivwirtschaft sozial und ökonomisch zu bewerten sind. Da gibt es verschiedene Auffassungen und Erfahrungen. Dieses Denkmal erinnert uns daran, dass unter dem Diktat der SED-Führung ostdeutschen Landwirten schweres Leid zugefügt wurde. Deshalb gehört der bäuerliche Widerstand gegen die Zwangskollektivierung in die deutsche Freiheitstradition. Das Gedenken an die Opfer der Diktatur ist zugleich ein Bekenntnis für die Freiheit als hohes und schützenswertes Gut.



Die linke Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann hatte sich im Vorfeld gegen die "Opfersicht des Bauernbundes" (Berliner Zeitung 24.04.2010) ausgesprochen. Gestern erklärte der linke Landtagsabgeordnete Michael Luthardt, "Schwarz-Weiß Malerei" helfe nicht weiter und werde dem Thema nicht gerecht (Pressemitteilung 28.04.2010).

Dazu Jennerjahn: "Bei einem Verbrechen gibt es immer zwei Sichtweisen, die des Opfers und die des Täters. Wenn fünfzig Jahre nach der Zwangskollektivierung die Linke um Verständnis für die Motive der Regierung Ulbricht wirbt, Udo Folgart daneben sitzt und Matthias Platzeck schweigt, dann ist mir nicht wohl dabei." Der Bauernbund unterstütze deshalb nachdrücklich die von CDU, FDP und Bündnisgrünen vorgebrachte Forderung, der Ministerpräsident möge Stellung beziehen.

Leider zerfaserte die Linie der Jamaika-Opposition in der Folge. Anstatt sich auf das kritikwürdige Verhalten der Linken und Folgarts zu konzentrieren, ging es plötzlich um die Frage, warum Platzeck an der Einweihung nicht teilgenommen hatte. Als dann die Bündnisgrünen – vielleicht überspitzt, aber mit durchaus richtigen Argumenten – die besondere Wertschätzung der Großbetriebe durch die brandenburgische Agrarpolitik anprangerten, wurde die Lage zusehends unübersichtlich. Die Ausweitung auf eine allgemeine Agrardebatte nutzte die Landesregierung geschickt zum Gegenangriff, indem sie sich gemeinsam mit dem Landesbauernverband zum Verteidiger der "gewachsenen ostdeutschen Agrarstrukturen" aufspielte.

Pressemitteilung 6. Mai 2010

Höchste Zeit für Kurskorrektur: Bauernbund äußert sich zur Agrardebatte in Brandenburg

Angesichts der durch das Denkmal für die Opfer der Zwangskollektivierung ausgelösten agrarpolitischen Debatte stellt Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, klar:

1. Mit dem Denkmal wollten wir an ein großes, eigentlich unstrittiges Verbrechen der DDR gegenüber den Bauern erinnern, nicht mehr und nicht weniger. "Das sind wir unseren Vätern und Großvätern schuldig", war der Tenor auf der Vorstandssitzung, als der Beschluss gefasst wurde. Zu einer Debatte darüber kam es erst, nachdem die Linke das Gedenken an die Opfer als "zu einseitig" ablehnte und sich auf einer Gegenveranstaltung die Sichtweise der Täter zu eigen machte. Dass der SPD-Abgeordnete und Präsident des Landesbauernverbandes Udo Folgart dabei mit im Podium saß, hat die Landesregierung in einen gewissen Erklärungsnotstand gebracht, von dem wir hoffen, dass Ministerpräsident Platzeck ihn am Freitag endlich mit einem Machtwort beenden wird.
2. Die Leidenschaft, mit der die Debatte über ein fünfzig Jahre und länger zurückliegendes Ereignis geführt wird, zeigt, dass die Wunden keineswegs verheilt sind. Das wiederum hat wesentlich damit zu tun, dass nach der Wende kein Ausgleich, sondern neues Unrecht geschaffen wurde. Die Politik hat alles getan, um die LPG-Nachfolger zu stärken und private Bauern auszubremsen. So konnten die früheren Genossenschaften ihre ausgeschiedenen Mitglieder billig abfinden, sie bekamen ihre Altschulden gestundet bzw. größtenteils erlassen und erhielten bevorzugt Zugriff auf die Treuhandflächen. Den Fraktionen von CDU, FDP und Bündnisgrünen ist ausdrücklich dafür zu danken, dass die Enquete-Kommission sich mit diesem dunklen Kapitel der Nachwendezeit befassen wird. Es ist höchste Zeit für eine agrarpolitische Kurskorrektur.

Natürlich sprach Platzeck kein Machtwort. Auf der Versammlung des Landesbauernverbandes im Rahmen der BraLa am 14. Mai stärkte er demonstrativ Folgart den Rücken. Der sorgte im Gegenzug dafür, dass Politiker der Oppositionsparteien auf der Versammlung kein Rederecht erhielten. Nach drei Wochen ging damit eine spannende und für alle Beteiligten lehrreiche Debatte zuende, die der Bauernbund mit der Einweihung seines Denkmals angestoßen hat.